

Veröffentlichungen der Münsterischen Forschungsstelle für Versicherungswesen an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster mit Unterstützung des Vereins zur Förderung der Münsterischen Forschungsstelle für Versicherungswesen e. V.

Münsteraner Reihe Band 101
Begründet von Prof. Dr. Dr. h. c. Helmut Kollhosser
Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Dörner
Prof. Dr. Dirk Ehlers
Prof. Dr. Petra Pohlmann
Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer
Dr. Martin Schulze Schwienhorst

Geltung und Transparenz Allgemeiner Geschäfts- und Versicherungsbedingungen (nach österreichischem Recht)

Dr. Jakob Fortunat Stagl

Inhaltsverzeichnis

§ 1. EINLEITUNG	1
ERSTER TEIL – GRUNDLEGUNG: TRANSPARENZGEBOT UND PRÄVENTIVSCHUTZGEDANKE IM RECHT DER AGB	3
§ 2. GRUNDLAGEN DES AGB-RECHTS	3
A. Das Dilemma formal verstandener Privatautonomie	4
B. Rechtsnatur und Geltungsgrund von AGB	5
C. Rechtfertigung der Kontrolle von AGB	6
I. Erklärungsmodell: Verbraucherschutz	8
II. Erklärungsmodell: Kompensation mangelnder „Richtigkeitsgewähr“	10
III. Erklärungsmodell: Kompensation der mangelnden Freiheit zur Selbstgestaltung	11
IV. Grund der Geltung von AGB	13
§ 3. SCHUTZZWECK DES RECHTS DER AGB	15
A. Das Transparenzgebot	15
I. Ableitung aus dem Schutzzweck des Rechts der AGB	16
II. Ableitung aus dem positiven Recht	18
1. Allgemeines Zivilrecht	18
2. AGB-Recht	19
III. Geltung des AGB-Schutzes auch für Unternehmer	21
B. Präventivschutz gegen gröblich benachteiligende AGB	22
I. Kompensation mangelnder Effizienz der <i>ex post</i> -Kontrolle	22
II. Normative Verankerung des Präventivschutzgedankens	23
ZWEITER TEIL – GELTUNGSKONTROLLE: DIE AUSHÄNDIGUNG ALS GELTUNGSVORAUSSETZUNG VON AGB UND AVB	25
§ 4. DIE AUSHÄNDIGUNGS-OBLIEGENHEIT BEI AGB	25
A. Die herrschende Meinung	25
B. Die Obliegenheit zur Aushändigung von AGB	27
I. Keine Pflicht, sondern Obliegenheit	27
II. Begründung der Aushändigungs-Obliegenheit	28

C. Präzisierung der Voraussetzungen der Aushändigungs- Obliegenheit	32
I. Art der AGB	32
II. Art der Kunden	33
III. Situation des Vertragsschlusses	34
IV. Vertragsschluß am Telefon - FernFinG	35
§ 5. DIE PFLICHT ZUR AUSHÄNDIGUNG VON AVB	38
A. Die herrschende Meinung	39
B. Die Aushändigung als Geltungsvoraussetzung von AVB	39
I. Transparenzgebot	39
1. Konstituierender Charakter von AVB	40
2. Standpunkt der deutschen Kommission zur Reform des VVG und des deutschen Bundesministeriums der Justiz	42
3. Pflicht, nicht Obliegenheit – Das versicherungsrechtliche Gleichbehandlungsgebot	44
II. Aushändigungspflicht als Konsequenz des Wegfalls des Genehmigungserfordernisses für AVB	45
III. Systematische Begründung: § 5b VersVG	47
1. § 5b VersVG	47
a) Pflicht oder Obliegenheit?	48
b) Bedeutung des § 5b VersVG für die Geltung von AVB	49
c) Einbeziehung von AVB im Rahmen des § 5b VersVG	51
2. Das Verhältnis von „Antragsmodell“ und „Polizzenmodell“ nach der herrschenden Meinung	52
3. Eigene Auffassung: Vorbildfunktion trotz Anwendungsnachrangs	55
4. Verbraucherschutz <i>avant la lettre</i>	56
IV. Zwischenergebnis	59
V. Der Begriff des „Aushändigens“ – Steine statt Brot?	59
C. Ergebnis	61
§ 6. RECHTSFOLGEN BEI NICHTAUSHÄNDIGUNG VON AVB UND AVB	63
A. Ergänzung des Rumpfvertrages	63
B. Geltung der AVB vor Ablauf der Zwei-Wochen-Frist?	64
C. Geltung der AVB, falls diese gar nicht übergeben werden?	65
I. Einleitung	65

II. Die beiden Rücktrittsrechte nach Abs 2 iVm Abs 4 und nach Abs 5	66
III. Keine Übertragung der Rechtsfolge des Rücktritts nach Abs 2 auf den Rücktritt nach Abs 5	67
D. Rechtslage nach dem FernFinG	69
E. Haftung des Verwenders aus <i>culpa in contrahendo</i>	70
I. Grundlage der Haftung	71
1. Die Ingeltungsetzung eines Rumpfvertrages als möglicher Pflichtverstoß	72
2. Begründung des Pflichtverstoßes	72
II. Voraussetzungen der Haftung	74
III. Umfang der Haftung	75
IV. Mitverschulden	76
DRITTER TEIL – INHALTSKONTROLLE: DAS VERBOT DER GELTUNGSERHALTENDEN REDUKTION NICHTIGER AGB-KLAUSELN	78
§ 7. STRUKTUR UND ORT DES PROBLEMS DER GELTUNGSERHALTENDEN REDUKTION	78
A. Der Begriff „geltungserhaltende Reduktion“	78
B. Meinungsstand	80
C. Systematischer Ort des Problems	82
I. „Geltungserhaltende Auslegung“?	82
1. Wirkungsweise der „geltungserhaltenden Auslegung“	82
2. Kein Fall der Auslegung oder Konversion	83
3. Gründe gegen eine „geltungserhaltende Auslegung“	84
II. Ergebnis	85
§ 8. GELTUNGSERHALTENDE REDUKTION IM ALLGEMEINEN ZIVILRECHT	86
A. Geltungserhaltende Reduktion als Frage des Verbotszwecks der Nichtigkeitssanktion	86
B. Bedeutung des § 878 Satz 2 ABGB	87
C. Argument aus § 934 ABGB	88
§ 9. GELTUNGSERHALTENDE REDUKTION IM RECHT DER ALLGEMEINEN GESCHÄFTSBEDINGUNGEN	89
A. Unvereinbarkeit mit Sinn und Zweck des AGB-Rechts	90
I. Verstoß gegen das Transparenzgebot	90

II. Unvereinbarkeit mit dem Präventionsgedanken	91
III. Kein subjektives Element der Inhaltskontrolle	92
IV. Der Umkehrschluß des OGH: Keine geltungserhaltende Reduktion gegenüber Unternehmern	93
B. Rechtsnatur der §§ 6 Abs 1 und 2 KSchG und 879 Abs 3 ABGB	94
C. Methodisch-teleologische Adäquanz der Totalnichtigkeit	95
D. Geltungserhaltende Reduktion und Weitergelten des übrigen Vertrages	96
E. Der Wille der Parteien	97
I. Natürlicher Wille	97
II. Hypothetischer Wille (wohlverstandenes Interesse)	99
F. Keine Reduktion auf das Angemessene	99
G. Zwischenergebnis	101
§ 10. ABGRENZUNG UND SONDERFRAGEN	103
A. Teilbare Klauseln und geteilte Klauseln	103
I. Tatbestandliche Präzisierung	103
II. Beispiel aus OGH VR 2003/622	104
III. Bedeutung des § 6 Abs 3 KSchG für die Abgrenzung teilbarer von geteilten Klauseln	105
B. Verschiedene Kundenkreise	106
C. „Fertig bereitliegende Rechtsordnungen“	106
D. Salvatorische Klauseln	107
§ 11. HAFTUNG FÜR DIE VERWENDUNG UNWIRKSAMER ALLGEMEINER GESCHÄFTSBEDINGUNGEN	109
VIERTER TEIL – ZUSAMMENFASSUNG	112
LITERATURVERZEICHNIS	115